

Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft

Unterrichtung durch die Landesregierung:

„Zukunft des rheinischen Braunkohlereviers –
weiteres Verfahren zu Garzweiler II“

am 9. April 2014

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede.

Für die Landesregierung möchte ich heute den Landtag über die Zukunft des rheinischen Braunkohlereviere und das weitere Verfahren zu Garzweiler II unterrichten.

Grundsätzlich gilt: Diese rot-grüne Landesregierung hat gemeinsam seit der Regierungsübernahme 2010 *auch in der Energiepolitik* stets ihre Verantwortung wahrgenommen und Verlässlichkeit bewiesen. Das wird auch weiterhin gelten. Die Landesregierung ist und bleibt ein verlässlicher Partner – auch beim Thema Garzweiler II: Partner für die Bürgerinnen und Bürger in der Region, für die betroffenen Unternehmen und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bergbau und bei den Zulieferern.

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nr. 1 in Deutschland. Darum ist es für uns und Deutschland insgesamt von großer Zukunftsbedeutung, dass hier eine Energiepolitik gemacht wird, die sich durch Klarheit, Verantwortung und Verlässlichkeit auszeichnet.

Am 28. März dieses Jahres haben wir in der Koalition energiepolitisch wichtige Entscheidungen für die Zukunft des Rheinischen Braunkohlereviere getroffen:

- Wir übernehmen *Verantwortung* dafür, dass die Fortführung des Tagebaus Garzweiler II energiepolitisch notwendig ist.
- Wir übernehmen damit zugleich die *Verantwortung* dafür, dass die Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath umgesiedelt werden müssen. Das betrifft insgesamt 1.620 Menschen.
- Wir schaffen *Klarheit*, indem wir bis Mitte 2015 eine neue Leitentscheidung treffen für den Zeitraum nach 2030.
- Wir haben dabei das politische Ziel, auf die Umsiedlung des Ortsteils Erkelenz-Holzweiler, Hauerhof sowie Gut Dackweiler verzichten zu können. Auch damit schaffen wir *Verlässlichkeit*.

Anrede.

Und ich betone ausdrücklich: Diese Entscheidungen waren *jetzt* notwendig. Jeder, der sich mit den Abläufen bei den anstehenden Entscheidungen des 3. Umsiedlungsabschnitts auskennt, weiß das.

Es war zwingend, am Montag der vergangenen Woche eine Stellungnahme der Landesregierung zur energiepolitischen Notwendigkeit von Garzweiler II an den Braunkohleausschuss zu schicken. Denn der Braunkohleausschuss tagt am 28. April. Ohne diese energiepolitische Stellungnahme hätte ein zentraler Baustein gefehlt, um das Umsiedlungsverfahren zu eröffnen.

Es kann auch keine Rede davon sei, dass unsere Entscheidung plötzlich gekommen sei. Seit Monaten gibt es in der Region eine öffentliche Diskussion zu dieser Frage und auch hier im Landtag. Noch am 27. März haben wir darüber debattiert.

Zudem wurden wir seit Monaten *aus der Region* um eine Entscheidung gebeten. Ausgelöst durch Medienberichte über die zukünftige Haltung von RWE zur Braunkohle gab es vor Ort Sorgen, wie es mit dem Tagebau weitergeht.

Aus diesen Gründen heraus musste entschieden werden – und wir *haben* entschieden. Und ich nutze heute gern die erste parlamentarische Möglichkeit nach der Entscheidung, die sich überhaupt bietet, um das Landtagsplenum zu unterrichten, nachdem Minister Duin in der vorigen Woche bereits den Wirtschaftsssausschuss informiert hat.

Anrede.

Die Entscheidungen der Koalition haben eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst. Nach meiner Wahrnehmung hat es in dieser Diskussion auch Ungenauigkeiten und Irrtümer gegeben. Darum ist es heute hier im Landtag eine gute Gelegenheit, Irrtümer auszuräumen. Zum Teil werden Irrtümer aber auch politisch *bewusst* verbreitet. Beispielhaft dafür ist der Antrag, der zusammen mit der Unterrichtung heute ebenfalls unter TOP 1 beraten wird. Er hat den Titel: „SPD und Grüne opfern Arbeitsplätze sowie die sichere und bezahlbare Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen dem Koalitionsfrieden“. Es ist ein gemeinsamer Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP.

Wenn Sie mir die Bemerkung gestatten: Es ist fast schon ein Kunststück, in den Titel eines *einzigsten* Antrages *so viele* falsche Aussagen zu packen.

Um diese falschen Aussagen richtig zu stellen: *Tatsächlich* opfern wir keine Arbeitsplätze, sondern wir schaffen im Gegenteil ein Maß an Investitions- und Planungssicherheit, das es so in keinem anderen Industriebereich gibt. Und das wiederum ist eine wesentliche Grundlage für sichere Arbeitsplätze.

Tatsächlich sind unsere energiepolitischen Entscheidungen kein Risiko für unsere Energieversorgung. Im Gegenteil: Sie wird dadurch sicherer werden.

Ich glaube, manche Irrtümer lösen sich auf und mancher politischen Polemik geht die Luft aus, wenn man einmal ganz nüchtern darlegt, was beschlossen wurde, was *nicht* beschlossen wurde und was noch beschlossen werden muss – und wie es eigentlich auf der Zeitachse aussieht, auf der wir uns bewegen.

Grundlage der Entscheidung war ein wochenlanger Prozess, mit vielen Gesprächen, insbesondere mit Unternehmen, Betroffenen vor Ort und Gewerkschaften. Hier wurde die Grundlage für die Entscheidung gelegt. Was übrigens nicht bedeutet, dass wir uns mit allen Gesprächspartnern in allen Punkten immer einig waren. Das ergibt sich aus der Natur der Sache.

Ich möchte die wesentlichen Fakten zusammenfassen:

Die Zeit bis 2030

Die Landesregierung stellt mit ihren Entscheidungen klar, dass die Fortführung des Tagebaus Garzweiler II bis mindestens 2030 sicher ist. Dieser Tagebau gewährleistet somit auch weiterhin eine gesicherte und ausreichende Rohstoffversorgung von Braunkohlekraftwerken. Damit trägt er wesentlich zur Versorgungssicherheit in Nordrhein-Westfalen bei, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.

Weil die Fortführung des Tagebaus Garzweiler II notwendig ist, ist zugleich auch die Umsiedlung der Erkelenzer Ortschaften, die ich genannt habe, notwendig. Es werden also noch mal etwa 1.600 Menschen ihre Heimat verlassen müssen.

Die Landesregierung hat damit für einen verlässlichen Rahmen gesorgt: für die Stadt Erkelenz und die betroffenen Umsiedlerinnen und Umsiedler des 3. Umsiedlungsabschnittes. Dieser Rahmen ermöglicht der bergbautreibenden RWE Power AG über viele Jahre insgesamt den Abbau von rund 100 Millionen Tonnen Rohbraunkohle pro Jahr in den drei Tagebauen.

Denn, und das wird bei der aktuellen Debatte oftmals vergessen: Das Rheinische Revier hat noch 2 weitere Großtagebaue, die nach aktuellem Stand der Braunkohlevorräte und dem bisherigen Abbauverlauf bis Anfang 2030 (Inden) und über 2045 hinaus (Hambach) reichen.

Vielleicht hat die Opposition das vergessen: Es war *diese* Landesregierung, die 2011 und 2013 mit der Genehmigung der Umsiedlung von Manheim und von Morschenich für diesen Teil des Reviers eine sehr weit in die Zukunft reichende Versorgungs- und Planungssicherheit geschaffen hat.

Die Zeit ab 2030 – Neue Leitentscheidung

Die Landesregierung und die sie tragenden Parteien und Fraktionen kennen ihre industriepolitische Verantwortung für das Rheinische Braunkohlerevier. Niemand kann ernsthaft leugnen, dass sich seit der letzten Leitentscheidung einer Landesregierung zur Braunkohle - das war noch im Jahr 1991- die Rahmenbedingungen in der europäischen und deutschen Energiewirklichkeit verändert haben.

Diese gewollten Veränderungen haben bereits begonnen – ich nenne die Stichworte: Liberalisierung der Energiemärkte, Energiewende und der massive Aufwuchs der Erneuerbaren Energien. Es ist also eine ganz offensichtliche Notwendigkeit, jetzt eine neue Leitentscheidung ins Auge zu fassen. Um dem Rheinischen Revier eine klare und langfristige Perspektive auch für den Zeitraum *nach* 2030 zu bieten. Das ist der Grund, warum die Landesregierung einen Prozess startet, der mit einer neuen Leitentscheidung bis Mitte 2015 abgeschlossen werden soll.

Inhalt der neuen Leitentscheidung sollen – ausgehend auch vom Koalitionsvertrag – u.a. Festlegungen sein zu:

- Kohlefördermengen
- Absoluten CO₂-Emissionen aus der Braunkohleverstromung
- Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Braunkohleverstromung und des Kraftwerksparks
- zum Ausbau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten im Rheinischen Revier.

Wie Sie wissen, sieht der geltende Braunkohleplan Garzweiler II noch die Umsiedlung der Ortschaft Erkelenz-Holzweiler, dem Hauerhof sowie Gut Dackweiler vor. Mit den Vorbereitungen für diese Umsiedlungen hätte formal in 2015 – in der reinen Abwicklung von Planungen aus den 1990er Jahren – begonnen werden sollen. Die Regierungsparteien haben nun ein klares politisches Ziel formuliert: Den 1.400 Einwohnerinnen und Einwohnern von Holzweiler soll eine Umsiedlung erspart bleiben. Faktisch geht es dann um eine Verkleinerung der Abbaufäche, die auch energiepolitisch und energie-wirtschaftlich begründet werden kann.

Die neue Leitentscheidung wird im Dialog mit dem bergbautreibenden Unternehmen RWE, den Vertretern der Region, der Stadt Erkelenz, den Beschäftigten und weiteren Beteiligten entwickelt werden. Dazu werden die Gespräche rechtzeitig beginnen.

Folgen für den Braunkohleabbau

Wenn auf die letzten Umsiedlungen in Garzweiler II verzichtet wird, dann ist damit keine Gefahr für eine sichere Versorgung mit Braunkohle verbunden. Denn auch ein *kleineres* Abbaufeld Garzweiler II wird mehr als ausreichen, um den Kohlebedarf im Revier über Jahrzehnte zu decken!

Bei Garzweiler II geht es um eine *räumliche* Begrenzung der Abbaufäche. Es geht nicht um eine *zeitliche* Begrenzung. Die kann es auch nicht geben, denn die hängt von vielen Faktoren ab, u.a. davon in welchem Umfang und Tempo die Braunkohle künftig in einem verkleinerten Gebiet abgebaut werden wird.

Wir alle wollen doch, dass die Kraftwerke von RWE die Braunkohle effizienter nutzen, also mit immer weniger Kohle den Strombedarf decken können. Als Beispiel wird immer das neue Großkraftwerk Grevenbroich-Neurath (2.200 Megawatt) genannt. Es ist 2012 in Betrieb gegangen und – laut RWE – um rund 30% effizienter und flexibler regelbar als die Altanlagen.

Mit den Abbaumengen der 3 Rheinischen Tagebaue *insgesamt* kann RWE weiter fest und langfristig planen. Die Fördermengen und die gesicherten Lagerstätten sind erkennbar groß genug, um *die* Kraftwerke in den kommenden 15 Jahren und weit darüber hinaus zu versorgen.

Weitergehende Detailfragen sind jetzt im weiteren Prozess *nach* der Leitentscheidung in einem Braunkohleplanverfahren bei dem dafür zuständigen Braunkohleausschuss in Köln sowie in den nachgelagerten bergrechtlichen Verfahren zu klären. Diese Verfahren sind hochkomplex. Sie werden mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Wir haben also nicht viel Zeit und müssen uns auf den Weg machen.

„Innovationsregion Rheinisches Revier“

Die Braunkohle hat im Gebiet zwischen Aachen, Düsseldorf, Köln und Bonn – und damit für Nordrhein-Westfalen insgesamt – eine wichtige Rolle für Wirtschaft und Beschäftigung. Heute steht sie unmittelbar für rund 11.000 Arbeitsplätze. Es ist eine große Aufgabe, den notwendigen Strukturwandel in den nächsten Jahrzehnten gemeinsam zu gestalten. Ich bin zuversichtlich, dass wir das gemeinsam schaffen können. Denn wir haben in der Region insgesamt mehr als 600.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Wir haben dort starke Branchen. Ich denke hier an Chemieindustrie und Biotechnologie, an Handel und Logistik, aber auch an den Maschinenbau.

Vor allem haben wir in NRW eine jahrzehntelange Erfahrung, wie Strukturwandel gestaltet wird. Wir wollen und können auch im Rheinischen Revier einen Strukturwandel ohne soziale und ökonomische Brüche schaffen. Das ist unser Verständnis einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik. Aus diesem Grund hat die Landesregierung ihre Initiative „Innovationsregion Rheinisches Revier“ gestartet, so wie wir es schon im Koalitionsvertrag 2010 verabredet hatten. Sie soll die unterschiedlichen Betroffenen aus Wissenschaft und Technologie mit Unternehmen und Gewerkschaften zusammenbringen. Sie soll der Region mögliche Entwicklungsperspektiven anhand konkreter Projekte aufzeigen. Ich begrüße sehr, dass die wesentlichen Akteure der Innovationsregion – vor allem die Kreise, die Kammern und auch RWE – gemeinsam die IRR GmbH Anfang März als Projektentwicklungsgesellschaft gegründet haben oder sie maßgeblich unterstützen. Auch das Land – und ich sage das mit aller Deutlichkeit – wird die Region nicht im Stich lassen, und es ist in den Gremien der GmbH hochrangig vertreten. Wir werden unseren Beitrag leisten. Darauf kann sich die Region verlassen.

Es mag das Privileg einer Opposition sein, sich nicht der Verantwortung für die eigenen Worte und Forderungen stellen zu müssen. Sie bleiben dem treu und den Menschen bisher konkrete Antworten schuldig. Hier und heute ist die Gelegenheit, Ihre Position klar darzustellen. Wollen Sie, dass die mehr als 1.400 Menschen in Holzweiler, in Dackweiler und Hauerhof – notfalls auch ohne wirklich zwingenden Grund – umgesiedelt werden?

Oder wollen Sie die Menschen weiter im Ungewissen lassen? Der FDP-Abgeordnete Ralph Bombis aus dem Rhein-Erft-Kreis sagte, es sei „nicht nachvollziehbar und falsch“, dass Rot-Grün jetzt schon eine Vorfestlegung für die Verkleinerung des vierten Abbaufeldes getroffen habe.“ (*Kölner Stadt Anzeiger*, 3. April.)

Man braucht wenig Phantasie sich vorzustellen, was die Opposition gefordert hätte, wenn wir eine neue Leitentscheidung *ohne* klares Ziel eingeleitet hätten: Sie hätte lautstark geklagt, dass die Landesregierung nicht weiß, wo sie hin will.

Vor Ort jedenfalls ist die Klarheit größer. Dort begrüßt die CDU, dass wir entschieden haben und *wie* wir entschieden haben. BM Peter Jansen hat klar formuliert: „Die Stadt Erkelenz begrüßt die Zusicherung der Landesregierung, Holzweiler zu erhalten.“ ([auf www.erkelenz.de](http://www.erkelenz.de), 2. April.)

Anrede.

Ich bin sicher: Die Landesregierung hat eine ausgewogene Entscheidung getroffen. Sie musste sie auch jetzt treffen. Wir dürfen eine neue Leitentscheidung nicht vor uns herschieben. Wir dürfen die Menschen im Rheinischen Revier, die Beschäftigten im Bergbau und die Wirtschaft nicht im Unklaren lassen über die Zukunft, über die Perspektiven. Daher war es auch wichtig jetzt zu sagen, dass die genannten Ortschaften da bleiben, wo sie jetzt sind.

Uns ist und war es wichtig, für den Braunkohleabbau in Nordrhein-Westfalen die Perspektive bis 2030, aber auch darüber hinaus jetzt zu sichern, gleichzeitig aber auch die Herausforderung für Morgen anzunehmen, dem Revier und der Braunkohleindustrie eine echte und nachhaltige Perspektive für die Zeit danach zu geben.

Ich fasse zusammen: Wir haben in der Koalition vier Elemente in eine gute Balance gebracht:

1. Lebenssicherheit für tausende Menschen im Braunkohlerevier.
2. Investitionssicherheit für Unternehmen und Arbeitsplätze.
3. Sichere und bezahlbare Energie für Nordrhein-Westfalen und Deutschland. Der subventionsfreie und heimische Energieträger Braunkohle bleibt langfristig erhalten.
4. Flexibilität, um auf wandelnde Rahmenbedingungen durch die Energiewende und weiteren technologischen Fortschritt zu reagieren.

Ich bin sicher: Die Entscheidung der rot-grünen Regierungskoalition vom 28. März war eine gute Entscheidung für das rheinische Revier und für Nordrhein-Westfalen insgesamt.